
LUDWIG WATZAL
Ist Deutschland souverän?
Die Normalisierungsdebatte
kommt diesmal von links

Mit welchen Blessuren das souveräne Deutschland in die »Berliner Republik« taumelt, zeigt die durch Martin Walser ausgelöste Debatte um den Umgang mit Auschwitz und dem damit zusammenhängenden adäquaten Gedenken. Diese auf den ersten Blick rein innenpolitische Debatte hat sicher auch viel mit Außenpolitik zu tun. Auf die auswärtigen Beziehungen Deutschlands übertragen, kulminiert diese Problematik in den Begriffen »nationale Interessenpolitik« und »normaler Nationalstaat«. Beide Termini sind hochgradig emotional besetzt, was durch die Pervertierung der Nazis verständlich ist, und stellen somit für einen Teil der politischen Klasse des Landes ein Problem dar. Die anderen europäischen Nationalstaaten problematisieren solche Begriffe nicht, weil sie für sie selbstverständlich sind.

Der französische Außenminister Hubert Vedrine hat den Deutschen erst kürzlich geraten, sich weniger von Gefühlen als vom Sinn fürs Praktische leiten zu lassen. Das Land solle stärker seine nationalen Interessen vertreten; dies sei weder »schockierend noch

beunruhigend«, sondern ein normaler Vorgang. Langfristig kann Deutschland somit gar nicht anders, als sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine an deutsch-europäischen Interessen orientierte Außenpolitik zu betreiben. Alles andere wären »Sonderwege«.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hebt sich wohltuend von Ex-Kanzler Kohl ab, indem er eine deutsche Interessenpolitik anmahnt und hoffentlich auch politisch durchsetzt. Allein die Debatten um den Begriff »Normalität« zeigen jedoch die Abnormalität der Lage. Um diese interessenorientierte Politik umsetzen zu können, bedarf es jedoch eines Emanzipationsprozesses, ohne den das Land nie völlig »souverän« wird.

In Deutschland fand bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine ähnliche Debatte statt. Sie wurde durch die Bücher *Westbindung* und *Die selbstbewusste Nation* ausgelöst. Damals gelang es, sie auszutreten. Die Protagonisten wurden als »Neue Rechte« verunglimpft und damit vom öffentlichen Diskurs ausgegrenzt. Dies scheint heute nicht mehr zu gelingen. Wie normal das Land schon geworden ist, zeigt der Beitrag von Egon Bahr in der Tageszeitung *DIE WELT* vom 12. November 1998, in der er nichts anderes gefordert hat als die »Neue Rechte« fünf Jahre zuvor: Deutschland habe jetzt die »Chance, normal zu werden«. Die »Souveränität des Denkens« sei aber noch zu beweisen, so Bahr. Diese für deutsche Ohren höchst problematischen Sätze haben aber zu keinen Proteststurm geführt. Die Normalisierungsdebatte kommt diesmal von links. Das Ziel der Schröder-Regierung ist es, wie die anderen Staaten Außenpolitik zu betreiben. Nach der Abwahl von Kanzler Kohl zeigt sich, daß seine unkritische Europahaltung deutschen Interessen geschadet hat.

Warum haben große Teile der politischen Elite des Landes Probleme mit einer eigenständigen »Interessenpolitik« und dem »normalen Nationalstaat«? Jeder, der diese Begriffe in die Debatte einführt, wird unter



Foto: dpa

Rudolf Scharping setzt die selbstbewußte Tradition sozialdemokratischer Verteidigungsminister auf dem Balkan fort. Deutsche SFOR-Soldaten sollen so lange in Bosnien bleiben, bis dort demokratische Verhältnisse herrschen.

Nationalismusverdacht gestellt. Beide Konzepte haben aber nichts mit Nationalismus zu tun, sondern sind Kategorien und Handlungsmuster internationaler Politik.

Nach Meinung eines nicht unerheblichen Teils unserer Meinungselite sind beide Begriffe aber durch die Nazis völlig pervertiert und diskreditiert worden. Ergo könne Deutschland kein normaler Staat sein und eine eigenständige Interessenpolitik verfolgen. Das historische Argument ist durchaus gewichtig und stellt eine schwere Last und Verantwortung dar. Unserer politischen Klasse sind durch die historische Vorbelastung die Kräfte wie Macht und Interesse, welche die internationale Politik bestimmen, immer fremd geblieben. Ihr Verhältnis zur Macht und zur Machtpolitik scheint aufgrund unserer Geschichte zerrüttet. In den zwischenstaatlichen Beziehungen sind solche Skrupel jedoch nicht angebracht, da Staaten nur interessengeleitet handeln. Gelten

diese Vorbehalte auch für die Schröder/Fischer-Regierung?

Normalität bedeutet nicht Vergessen

Erfolg in der Außenpolitik kann sich nur einstellen, wenn dem innenpolitischen Klärungsprozeß ein außenpolitischer korrespondiert. Dies bedarf der Erklärung.

Deutschland kann aufgrund der historischen Belastungen außenpolitisch nicht so wie andere Staaten agieren. Konkret heißt das, die politische Klasse in Deutschland muß den Holocaust als ein von der Politik Israels unabhängiges Phänomen und das Land als einen normalen Nationalstaat betrachten und dementsprechende Beziehungen pflegen. Ein »Gewächshausklima«, das von moralischen Schuldgefühlen geschaffen wird, ist diesem Prozeß eher abträglich. Dabei würde durch eine völlige Normalisierung der bilateralen Beziehungen nichts von der eigenen historischen Schuld relativiert. »Wegschauen« von

dem kolossalen Verbrechen ist nicht die Lösung. Die Konsequenz aus der Geschichte wäre ein aktives politisches Handeln. Eine gemeinsame Politik ist gefragt, die gegen Menschenrechtsverletzungen, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus gerichtet ist.

Damit verbietet sich eine einseitige Instrumentalisierung des Holocaust, wie sie Moshe Zukerman in seinem Buch *Doppelter Holocaust* beschreibt. Deutschland darf aus historischen Gründen keine Politik mit erhobenem Zeigefinger betreiben, wie dies oft geschehen ist. Einen Schlußstrich kann es nicht geben. Er wäre unhistorisch.

Was bedeutet dies konkret? Beide Phänomene, der geschichtlicher Umgang mit dem Holocaust und die Beurteilung der Politik Israels, verlangen unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Sie sollten nicht vermengt werden, was in Deutschland leider permanent geschieht, wie das Interview von Außenminister Fischer in der Bonner Tageszeitung *GENERALANZEIGER* vom 21. November zeigt. Auf die Frage nach einer offiziellen Kritik an Israel, antwortet der Außenminister: »Selbst wenn sie berechtigt wäre: Wenn Kritik aus Deutschland käme, würde sie das Gegenteil bewirken.« Wir seien die am wenigsten Berufenen zu Kritik.

Der Holocaust, für den wir die Verantwortung tragen, und die Politik Israels, für die die israelische Regierung verantwortlich ist, verlangen nicht nur nach Unterscheidung und Differenzierung, sondern sie stellen völlig verschiedene Verantwortungsebenen dar. Die Verbrechen der Nazis können die israelischen Regierungen nicht von ihrer Verantwortung für die eigene Politik gegenüber den Palästinensern entbinden. Beides liegt natürlich nicht auf der gleichen Ebene und kann auch nicht verglichen werden. Solange die politische Klasse diesen geistigen Spagat nicht schafft, wird das Land nicht souverän werden.

Ein weitere Anpassung an die Realität ist der ungezwungene, eher selbstbewußte Umgang mit der neugewonnenen Macht. Deutschland bedroht niemanden. Keiner braucht sich

vor Deutschland zu fürchten. Unsere Armee ist die einzige in Europa, die völlig ins westliche Verteidigungsbündnis integriert ist. Nur wer bei gemeinsamen Aktionen abseits stehen will, erregt das Mißtrauen seiner Nachbarn. Die neue Bundesregierung hat signalisiert, daß Deutschland keine »Sonderwege« gehen will und kein »Sonderbewußtsein« beansprucht. Alle sozialdemokratischen Verteidigungsminister von Helmut Schmidt über Leber und Apel bis Rudolf Scharping waren und sind sich dieser Verantwortung bewußt. Die SPD pflegt hier ihre kritisch-positive Tradition zum Militär! Außenpolitische Handlungsfähigkeit auf internationale Organisationen wie UNO oder OSZE übertragen zu wollen, ist blauäugig und unterschätzt die Beharrungskräfte der Nationalstaaten und die internationale Machtpolitik.

Wie schwach die UNO und die OSZE sind, zeigt einerseits das selbstherrliche Verhalten der Supermacht USA und andererseits die machtpolitische Arroganz der serbischen Regierung. Wer deshalb die Nationalstaaten dämonisiert und für antiquiert hält und das eigene politische Handeln auf internationale Organisationen abwälzen will, der entzieht sich seiner politischen Verantwortung.

Stell Dir vor,
es ist Krieg und
kein Arzt
geht hin



Kriegsverletzte und Kranke können nicht warten.
Unsere Ärzte und Krankenschwestern fliegen so schnell wie möglich in die Krisengebiete, manchmal innerhalb von 24 Stunden. Dorthin, wo die Not am größten ist und wo sonst niemand hingehet.

Helfen Sie uns!

Bitte schicken Sie mir

- allgemeine Informationen über Ärzte ohne Grenzen
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft

**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Ärzte ohne Grenzen e.V.
Lieselingsweg 102
53119 Bonn

Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00

Name _____
Geb.-Datum _____
Straße _____
PLZ/Ort _____